

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreisräte,

wenn wir heute über den Doppelhaushalt 2013/14 beraten, diskutieren und ihn eventuell beschließen, dann haben wir eines erreicht:

Wir, der Landkreis, sind für die nächsten 2 Jahre handlungsfähig.

Das ist zwar wichtig. Aber damit lösen wir auf keinen Fall unsere aufgelaufenen Probleme (Fehlbeträge von ca. 15 Mio. €) und langfristig sehe ich in den vorliegenden Unterlagen keinen Lösungsansatz.

Wir haben nach meiner Meinung 2 Möglichkeiten:

- Augen zu und durch nach dem Motto „es wird schon irgendwie weitergehen“ oder
- wir nutzen die 2 Jahre und bearbeiten intensiv unsere Baustellen und erledigen unsere Hausaufgaben - gesprochen wurde darüber schon oft.

Unser Haushalt hat ein Volumen von rund 450 Mio. € fast eine halbe Milliarde € Darin eingeschlossen eine Personalstruktur mit fast 1.500 Mitarbeitern. Für einen ehrenamtlichen Kreisrat ist diese Struktur schwer überschaubar.

Ich möchte heute auch nicht auf das konkrete Zahlenwerk eingehen oder über die Kreisumlage diskutieren – dies ist aus meiner Sicht der zweite Schritt.

Wo liegen unsere Großbaustellen?

Personalentwicklungskonzept

Jedes Privatunternehmen muss seine Personalstruktur der Marktlage anpassen, ansonsten kann es sich auf dem Markt nicht halten. Wir sprechen und fordern schon lange das Personalentwicklungskonzept. Aus meiner Sicht wird es nur halbherzig angefasst.

Es sollen im kommenden Jahr 1 Mio. € Personalkosten eingespart werden. Eine Untersetzung dieser Zahl habe ich noch nicht gesehen.

Natürlich weiß ich, wie schwierig dieses Thema ist. Aber es muss dringend angefasst werden.

Nächstes Thema:

Im Rahmen der sogenannten Verwaltungs- und Kreisgebietsreform wurden den Landkreisen großzügige Bedarfszuweisungen von vorübergehenden Anpassungsmaßnahmen mit der Übernahme von kreislichen Aufgaben zugesichert.

Für unseren Landkreis waren das im Jahr 2009 9,9 Mio. € und im Jahr 2015 sind es 738 T€

Ein Supergeschäft für die Landesregierung.

Ich habe mal in meine alten Unterlagen geschaut: bei einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes des Sächsischen Städte- und Gemeindetages im Altkreis NOL diskutierten wir den Gesetzentwurf zur Kreisneugliederung

Ich habe damals gesagt: „Wenn dieses Gesetz so beschlossen wird, lacht sich MP Milbradt ein Loch in Bauch.“

Er hatte zwar hinterher kein Loch im Bauch. Mit seiner Cleverness hat er seine Vorstellungen aber umgesetzt.

Die Begründung für die Absenkung der Bedarfszuweisungen von 9,9 Mio. € im Jahr 2009 auf 738 T€ im Jahr 2015 war nicht reell.

Aus den angeblich vorübergehenden Anpassungsmaßnahmen wurden langfristige. Und MP Milbradt hat das alles in der Öffentlichkeit als großen Erfolg verkauft unter der Überschrift einer öffentlichen Anhörung.

Da ist unser neuer MP Tillich anders: er redet nicht einmal mit uns über unsere Probleme.

So etwas konnte ich mir bis dahin nicht vorstellen. Ein MP, der einen Kreistag nicht achtet... Ich kann so etwas nicht begreifen.

Zu mir kommen auch immer Bürger. Da denke ich, was wollen die schon wieder und ich weiß, dass ich nicht helfen kann. Aber vor die Tür habe ich noch keinen gesetzt.

Zurück zum Geld:

Unser Landrat und Herr Gampe haben erreicht das die Bedarfszuweisungen für die „vorübergehenden Anpassungen“ in den nächsten 2 Jahren auf ca. 5,8 Mio. € festgesetzt wurden.

Ein Erfolg – aber was kommt danach?

2015 noch 738 T€

2016 ?

Gemeinsam sollten wir darum kämpfen, dass diese Bedarfszuweisungen wieder steigen und nicht sinken.

Es ist leider eine große Illusion, dass der Verwaltungsaufwand und demzufolge der Personalaufwand in Zukunft sinken wird.

Eine übermächtige Bürokratie lässt grüßen.

Das Thema Bürokratieabbau hatten sich schon viele auf die Fahne geschrieben. Die es ernst gemeint hatten, sind gescheitert.

Der Landtag hat den Haushalt 2013/14 und das FAG 2013/14 beschlossen. Für die nächsten 2 Jahre ist damit die Messe gesungen.

Die kommunale Ebene sollte jetzt schon beginnen, gemeinsam über den kommenden Finanzzeitraum 2015/16 zu beraten und gemeinsame Forderungen einbringen, um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden.

Am Beispiel FAG 2013/14 hat es die Landesregierung geschickt verstanden, die 3 kommunalen Ebenen auseinander zu halten:

- den kreisfreien Städten wurden zusätzlich Millionenbeträge für Schulen und Kita zugesagt,
- die Landkreise erhalten einen wesentlich höheren Straßenlastenausgleich und
- die Gemeinden erhalten durch eine minimale Änderung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes I eine erhöhte Schlüsselzuweisung.

Hört sich nach außen gut an.

Unser Grundproblem – die ständig wachsende Aufgabenübertragung ohne Mehrbelastungsausgleich – wurde aber wieder einmal unter den Tisch gekehrt.

Eine Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene löst nach meiner Auffassung einen Anspruch auf Mehrbelastungsausgleich gemäß Artikel 85 unserer sächsischen Verfassung aus.

In den Begründungen zu Verwaltungsvorschriften, Durchführungsbestimmungen, Gesetzen usw. wird dieser Aufgabenübertragungscharakter vom Gesetzgeber ausdrücklich bestritten. Mit der Bemerkung: es ist ja eine kommunale Pflichtaufgabe.

Die Pflichtaufgabe hat aber der Gesetzgeber zur Pflicht gemacht.

Die Landesregierung verstößt hier gegen die eigene Verfassung und handelt verantwortungslos.

Ich könnte eine lange Liste aufzählen, in denen gesetzliche Forderungen, eine ständige Erhöhung von Standards, die Umsetzung von Verwaltungsvorschriften usw. gefordert werden, eine Beteiligung an der Kostenerhöhung aber abgelehnt wird.

Drei Beispiele will ich hier nennen:

- Kitapauschale (seit fast 8 Jahren keine Erhöhung der Landesmittel),
- Forderungen aus der Sozialgesetzgebung mit Auswirkung auf den Haushalt und
- Anforderungen an den Brandschutz.

Usw. usw.

Es gibt in den nächsten 2 Jahren viel zu tun.

Versuchen wir es gemeinsam – mit Vertrauen und gegenseitiger Achtung – hart aber fair.

Der Landrat und seine Kreisverwaltung müssen ihre Hausaufgaben erledigen.

Wir, der Kreistag, tragen eine große Verantwortung.

Und unseren Rabenvater – die Landesregierung – sollten wir auf dem Weg zum Landesvater behilflich sein.

Wenn wir diesen Weg nicht gehen, dann wird wahrscheinlich in zwei Jahren keine Haushaltsdebatte mehr notwendig sein.

Dann entscheidet ein Dritter über uns.

Wolfgang Rückert, der Vorsitzende des Finanzausschusses, zitierte in seinen Haushaltsreden manchmal aus einem Märchen.

Ich sage: „Ich habe einen Traum – die Hoffnung, dass unser Landkreis eine lebenswerte Zukunft hat.

Auf diese Aufgabe freue ich mich.

Jetzt freue ich mich aber erst mal auf das Weihnachtsfest.

Frohe Weihnachten und danke.